

# Denn sie wissen, was sie tun

Von Myrtha Michot



**Diese Feststellung bezieht sich sowohl auf die statutarischen wie auch auf die berufspolitischen Geschäfte, welche an der LVB-Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 17. September 2008 in Münchenstein behandelt wurden.**

## **Initiative «Bildungsvielfalt», Teuerungsverhandlungen, Petition VPOD**

In Anwesenheit der Presse begrüsst die Präsidentin Bea Fünfschilling die Delegierten und Mitglieder sowie den Hauptreferenten des Abends, Lukas Ott, Psychologe und Stadtrat von Liestal. Auch nach der deutlichen Ablehnung der Initiative «Bildungsvielfalt» durch den Landrat darf das Gefahrenpotential, welches in ihr steckt, nicht unterschätzt werden. Diese Tatsache veranlasste die Geschäftsleitung dazu, im Hinblick auf die Abstimmung vom 30. November das Thema prominent darstellen zu lassen.

Kurzfristig mussten die Thematiken Teuerungsverhandlungen und Petition

VPOD in die Traktandenliste aufgenommen werden. Die Präsidentin erinnerte daran, dass die Verhandlungen über die Teuerung immer gemeinsam mit den andern Personalverbänden des Kantons (ABP) geführt würden und traditionell jeweils im Spätherbst stattfänden. Die ABP verlange den vollen Teuerungsausgleich plus 0,6% aufgelaufene Teuerung. Die in der VPOD-Petition aufgestellte Forderung, EAF zu boykottieren, lehnt der LVB ab. Bea Fünfschilling stellte klar, dass die Berufsgruppe der Klassenlehrer nicht bevorzugt behandelt werden dürfe, sondern eine generelle Senkung der Pflichtstunden im Rahmen von HarmoS angestrebt werde.

## **Statutarische Geschäfte**

Das Protokoll der DV/MV 2.2007/08, die Jahresrechnung und das Budget 2008/09 wurden einstimmig angenommen, keine Enthaltungen. Aufschlussreich war die grafische Darstellung des aktuellen Mitgliederbestandes. Seit längerer Zeit ist die Gesamtzahl konstant, innerhalb der verschiedenen Kategorien zeigen sich aber deutliche Verschiebungen. Die Zahl der Vollzeit-Mitglieder und somit der zu 100% Zahlenden nimmt kontinuierlich ab, diejenige der Teilzeit-Mitglieder und der Pensionierten nimmt hingegen zu, was zu markanten Auswirkungen auf der Einnahmenseite geführt hat. Die Werbung von Neumitgliedern wurde den Delegierten und Mitgliedern daher als dringende Aufgabe klargemacht.

## **Berufspolitische Geschäfte**

### **1. Referat von Lukas Ott zum Thema: Keine Schwächung der öffentlichen Schule – Warum die Privatschulinitiative abzulehnen ist**

Die Ausführungen des Referenten bezogen sich in einem ersten Teil auf den Initiativtext, in einem zweiten Teil auf

die Auswirkungen der Initiative. Zum verführerischen Titel «Bildungsvielfalt für alle – JA» nahm Lukas Ott wie folgt Stellung: Den Stimmenden werden durch die freie Schulwahl die Behebung sozialer Ungerechtigkeiten und eine Qualitätssteigerung durch Wettbewerb in Aussicht gestellt. Die Folgen sind allerdings fatal. Gewachsene Strukturen, die zuvor auf politischer und religiöser Ebene hart und lange erkämpft worden sind, werden zerschlagen. Immer neue Elternwünsche und Ideologien bewirken einen Zersetzungsprozess der Schule, vergleichbar mit einem Hochrisiko-Eingriff am nicht narkotisierten Patienten. In der Bildungsforschung wurde noch nie eine Qualitätssteigerung dank der freien Schulwahl bewiesen, denn zusätzlich bestimmen viele weitere Einflüsse den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. Der Referent forderte die Anwesenden auf, in ihrem Umfeld über diese undurchdachte Initiative zu informieren. Dies im Gegensatz zu den Initianten, welche laut Lukas Ott nicht wissen, was sie tun.

## **2. HarmoS und Bildungsraum Nordwestschweiz**

Als zweiten Schwerpunkt präsentierten die Mitglieder der Geschäftsleitung Informationen zum aktuellen Stand von HarmoS und Bildungsraum Nordwestschweiz. Bea Fünfschilling legte eine eindruckliche Liste von Absichtserklärungen und Empfehlungen des Regierungsausschusses der vier Kantone vor. Nicht weniger umfangreich war die Ansammlung von Unklarheiten und offenen Fragen, insbesondere zu den Kosten. Die Präsidentin liess unmissverständlich erkennen, dass der LVB auf einer sauberen Kostenaufstellung bestehe und nur bei zugesicherten Ressourcen die Reformen mittrage.

Doris Boscardin vermittelte einen Eindruck zu den Ausbildungsgängen und

deren Problematiken, wobei die grössten Veränderungen bei den Primar- und den Sek.I-Ausbildungen zu erwarten seien. Sie plädierte für mehr Mitsprache und Transparenz. Schnellbleichen lehnte der LVB vehement ab.

Heinz Bachmann nahm die Auswirkungen auf die Anstellungsbedingungen unter die Lupe. Auch er sprach eine Reihe offener Fragen an: Ausbildungen, Nachqualifikationen, daraus abzuleitende neue LohnEinstufungen, Übergangslösungen sowie die Forderung nach Sozialplänen und Frühpensionierungen ohne Renteneinbusse im Sek.I-Bereich, wo 25% weniger Lehrpersonen benötigt werden.

Christoph Straumann äusserte sich zu den finanziellen Aspekten. Er unterstrich die Notwendigkeit einer transparenten Aufstellung der Investitions- und Betriebskosten. Nur wenn die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt würden, könne der Umbau ernsthaft angegangen werden.

### 3. Resolution

Sämtliche Forderungen wurden den Delegierten und Mitgliedern in einer Resolution unterbreitet. Sie wurde einstimmig, ohne Enthaltungen, angenommen.

## Darauf besteht der LVB!

### Die Delegierten- und Mitgliederversammlung beauftragt die zuständigen Organe des LVB, in den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen auf den folgenden Forderungen zu bestehen:

- In der Vorlage zu HarmoS und zum Bildungsraum Nordwestschweiz ist eine umfassende Aufstellung über alle voraussehbaren Kosten (Umbau- und Betriebskosten) auf einer soliden Berechnungsbasis vor allem auch für die folgenden anstellungsrechtlichen Teilbereiche aufgeführt:
  - bezahlte Nachqualifikationsmöglichkeiten auf hohem fachlichen Niveau für betroffene Lehrpersonen (Eingangsstufe, Frühfremdsprachen, Strukturanpassung Primar-/Sekundarstufe)
  - finanzielle Beteiligung an lohnwirksamer Weiterbildung
  - Anpassung der Arbeitsbedingungen an die erhöhten Anforderungen (z.B. Lohnklassen, Klassengrössen, Neuaufteilung der Arbeitszeit wie Pflichtstundensenkung)
  - Besitzstandsregelungen
  - Sozialpläne für Lehrpersonen, die durch den Umbau ihre Stelle verlieren
- Strukturen wie Stundentafeln, Ausbildungen etc. sind so ausgerichtet, dass Lehrpersonen im Vollpensum unterrichten können.
- Der Umsetzungsbeginn erfolgt erst nach Vorliegen eines Gesamtpaketts mit dem Deutschschweizer Lehrplan, den entsprechenden Lehrmitteln und den erforderlichen abgeschlossenen Ausbildungen und Nachqualifikationen.
- Der Entscheid zur Wahl eines Eingangsstufenmodells (Kindergarten, Grund- oder Basisstufe) erfolgt erst nach Vorliegen wissenschaftlich belegter Auswertungen der Schulversuche (nach EDK erst 2010!).

Die Resolution wurde an der LVB-Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 17. September 2008 einstimmig verabschiedet.

## Kommentar des LVB zur HarmoS-Abstimmung in Luzern

Der Stein des Anstosses bei der wuchtigen Ablehnung von HarmoS im Kanton Luzern waren das frühe Einschulungsalter und das damit verbundene Obligatorium des 1. Kindergarten- bzw. Eingangsstufenjahres. Dieser Argumentation kann der LVB nicht folgen. Er sieht aber für den Kanton BL andere Problematiken, die die Akzeptanz von HarmoS und Bildungsraum in unserem Kanton in Frage stellen könnten. Der LVB ist nicht grundsätzlich gegen HarmoS und Bildungsraum, wird seine Zustimmung aber an klare Bedingungen knüpfen.

Sobald die Landratsvorlage veröffentlicht ist, wird sich der LVB intensiv mit den Inhalten auseinandersetzen. Sein besonderes Augenmerk wird er auf die Arbeitsbedingungen und die Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen ebenso wie auf die Zielsetzung einer optimierten Ausbildung der Schülerinnen und Schüler legen.